

Niederschrift

zur 38. Sitzung des Ausschusses für Haushaltsüberwachung und Bürgerhaushalt der Stadtverordnetenversammlung der Stadt Fürstenwalde/Spree (Wahlzeit 2014/2019)

Sitzungsdatum	Sitzungsdauer	Sitzungsort
Mittwoch, den 20.03.2019	18.30–19.25 Uhr	Beratungszimmer des Alten Rathauses

Anwesenheit

Fraktion DIE LINKE.

Jürgen Grasnack, Gerold Sachse

CDU-Fraktion

Jens Hoffrichter ab 18.35 Uhr, Uwe Koch, Reinhard Ksink

Bündnis Fürstenwalder Zukunft (BFZ)

Christian Dippe, Thomas Fischer, Kai Hamacher

SPD-Fraktion

Jürgen Luban

Sachkundige EinwohnerInnen

Christian Altmann, Thomas Apitz, Jürgen Hajduk

Verwaltung

Melanie Brückner, Anke Marggraf

Abwesend

Vorsitz

Sebastian Rausch entschuldigt,

Bündnis 90/Die Grünen

Peter-Frank Apitz entschuldigt,

TOP 1 Eröffnung der Sitzung

Da Herr Rausch verhindert ist, übernimmt die Sitzungsleitung Herr Fischer.

TOP 2 Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und der Anwesenheit

Die ordnungsgemäße Ladung und Anwesenheit wird festgestellt. Der Ausschuss ist beschlussfähig.

TOP 3 Feststellung der Tagesordnung

Herr Sachse bittet darum, über den Antrag 6/AN/880 der BFZ-Fraktion – Fürstenwalder Wirtschaftsförderung und Standortmarketing stärken – Synergien durch Übernahme der OWF Gesellschaft heute in die Diskussion zu gehen. Herr Dippe unterstützt dieses Ansinnen.

Zustimmung Ja 9 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 0

Herr Fischer merkt an, dass in der letzten Ausschusssitzung angeregt wurde, die Themen Kufa und Wohnheim mit aufzunehmen. Er fragt nach, warum diese Punkte nicht Bestandteil der Einladung sind.

Frau Brückner sagt, dass unklar ist, ob die Prüfung der Kufa durch das Rechnungsprüfungsamt abgeschlossen ist. Die Thematik Wohnheim wird zur gegebenen Zeit, nach Vorbereitung durch die Verwaltung, auf die Tagesordnung gesetzt.

TOP 4 Bestätigung der Niederschrift vom 13.02.2019

Keine Einwendungen.

TOP 5 Informationen des Vorsitzenden

Keine

TOP 6 Einwohnerfragestunde

Keine

TOP 7 Behandlung der Tagesordnungspunkte des öffentlichen Teils der Sitzung

TOP 7.1 Informationen zum Jahresabschluss 2017

Auf Wunsch von Herrn Rausch aus der letzten Sitzung teilt Frau Brückner zunächst die zeitliche Abfolge zum Jahresabschluss 2016/2017 mit.

JA 2016: Fertigstellung einschließlich der Änderungen bis zum 30.5.2019.
Beratung im HÜA am 26.6.2019
Beratung im HAS am 7.8.2019
Beschlussfassung am 15.8.2019 in der STVV.

JA 2017: Fertigstellung bis zum 30.7.2019
Beratung im HÜA am 28.8.2019
Beratung im HAS am 4.9.2019
Beschlussfassung am 19.9.2019 in der STVV.

Herrn Thomas Aplitz erschließt es sich nicht, warum zwischen Fertigstellung 2016 und 2017 zwei Monate liegen, da die Änderung des JA 2016 nicht so gravierend ist.

Frau Brückner teilt mit, dass erst der JA 2016 bestätigt werden muss, bevor der JA 2017 in die Diskussion gegeben werden kann. Was die investiven Zuschüsse/Abbildungen betrifft, liegt auch noch ein Prüfauftrag beim RPA.

TOP 7.2 Bericht zum Cashmanagement

Den Mitgliedern liegt zur heutigen Sitzung der Bericht über das Cash Management der Stadt Fürstenwalde/Spree für den Zeitraum Oktober bis Dezember 2018 vor.

Frau Brückner geht auf die wichtigsten Positionen näher ein. Das Cash Management dient der Sicherung der Zahlungsfähigkeit der Stadt Fürstenwalde/Spree und deren Gesellschaften. Durch Beschluss vom 21.9.2017 wurde der Höchstbetrag des Kassenkredites auf 24,0 Mio. Euro festgesetzt.

Am 31.12.18 betragen die Verbindlichkeiten der Stadt aus Kassenkrediten rd. 14,0 Mio. Euro.

Herr Sachse merkt erneut an, dass der reale Kassenkredit mit den Planzahlen nichts zu tun hat.

Frau Brückner: Dies ist korrekt, aber gesetzlich so vorgeschrieben, wie der Kassenkredit zu planen ist.

Zur nächsten Sitzung wird die Verwaltung eine Informationsdrucksache zu den vorläufigen Zahlen 2018 vorbereiten.

TOP 7.3 Auswertung Schreiben der Kommunalaufsicht zur Haushaltssatzung 2018/2019

Frau Brückner geht auf das Schreiben von der Kommunalaufsicht ein und nennt drei wesentliche Punkte.

1. Seite 3 mittig: Hier hat die KA noch einmal die Salden des Finanzhaushaltes bzw. die Zahlungsmittelbestände im aktuellen Finanzplanungszeitraum dargestellt.
„Es wird erkennbar, dass die Überschüsse der laufenden Verwaltungstätigkeit in den Jahren 2018-2022 ausreichen, um die jährliche Tilgung aus eigener Kraft zu decken und darüber hinaus, erstmals seit Jahren sogar Überschüsse der laufenden Verwaltungstätigkeit zum Abbau des negativen Zahlungsmittelbestandes eingesetzt werden“.
2. Seite 4: „Gemäß § 67 (4) BbgKVerf soll die Vorlage der beschlossenen Haushaltssatzung spätestens einen Monat vor Beginn des Haushaltsjahres erfolgen“.
Die KA bittet dies bei der Terminplanung künftiger Haushaltssatzungen zu beachten.
3. Seite 5: „Der negative Bestand an Zahlungsmitteln soll laut vorliegender Unterlagen vom Beginn des Haushaltsjahres 2018 bis zum Ende des HHJ 2022 um insgesamt 2.075,4 T€ auf -25.768,1 T€ reduziert werden. Diese aufgezeigte positive Entwicklung ist konsequent durchzusetzen und entspricht den Forderungen des RE Nr. 2/2018“.
Oberste Priorität ist es, den Kassenkredit abzubauen. Dann können die Überschüsse auch für Investitionen eingesetzt werden.

Herr Koch merkt an, das dem Schreiben zu entnehmen ist, dass bis zum 30.4.19 diverse Unterlagen noch nachgereicht werden müssen (Überarbeitung und Übergabe der Übersicht VE, fehlende Wirtschaftspläne etc.).

Frau Brückner sagt, dass die Frist eingehalten werden kann und wird das Antwortschreiben allen Abgeordneten zur Verfügung stellen.

Des Weiteren möchte Herr Koch wissen, wie die Verwaltung dazu steht, dass zur Deckung der Personal- und Rechtskosten ein Darlehen/Kredit in Anspruch genommen werden soll.
Zu diesem Sachverhalt sagt die Verwaltung eine Prüfung bis zur nächsten Sitzung zu.

Herr Thomas Apitz fragt zu den Zahlungsmittelbeständen.

„Dennoch ist wie in Vorjahren, eine Verschlechterung des negativen ZMB durch Haushaltsreste zu erwarten“.

Frau Brückner beantwortet diese Frage mit dem vorläufigen Bericht für das HHJ 2018.

Interpretationsfrage von Herrn Thomas Apitz: „Damit bildet der Abbau der Kassenkredite oberste Priorität“, worauf Herr Fischer antwortet, Interpretationsfragen zu diesem Schreiben direkt an die KA zu richten.

Herr Sachse führt aus, dass in diesem Schreiben auch steht, dass Überschüsse nicht für investive Zwecke verwendet werden dürfen. Für investive Zwecke dürfen nur Zuweisungen, Fördermittel, Beiträge und Grundstücksverkäufe verwendet werden. Von Frau Brückner

möchte er wissen, wozu es eine umfangreiche Investitionsliste gibt, wenn daraus nichts realisiert werden kann, weil nicht bekannt ist, wo die Mittel dafür herkommen sollen.

Herr Fischer sagt, dass jährlich Grundstücksverkäufe in den Haushaltsplänen enthalten sind. Er könnte sein Entsetzen verstehen, wenn er ein neues Mitglied wäre. Es werden Kredite bedient für die Biogasanlage (8,0 Mio. €), das Holzhackschnitzelheizkraftwerk (2,0 Mio. €), getätigte Finanzgeschäfte (-13,0 Mio. €) etc.

Herr Hamacher merkt an, dass die Listen priorisiert werden müssen, damit die Verwaltung die verschiedenen Projekte auch vorbereiten kann.

Herr Sachse: In der investiven Liste stehen auch diverse Kleinbeträge für Investitionen (Rückstände aus der Vergangenheit). Bis zu einer Größenordnung von 50.000 € sind dies Geschäfte der laufenden Verwaltung. Die Abg. wollen festschreiben, welche Investitionen im Sinne von Fördermitteln oder Mitteln aus Zuweisungen etc. bezahlt werden, in den nächsten Jahren priorisiert werden sollen. Nichts desto trotz, stellt er die Frage, wie die Liste mit den vielen kleinen Maßnahmen abgearbeitet werden soll, wenn kein Geld zur Verfügung steht. Was hat sich die Verwaltung ausgedacht, um diese Liste abarbeiten zu können.

Frau Brückner: Wenn der Wunsch besteht, Beträge zusammenzufassen, dann kommt sie dem gerne nach. Ihr Ansinnen bestand daran, alle Investitionsanträge in einer Liste einmal darzustellen.

TOP 7.4 Antrag der BFZ-Fraktion: Fürstenwalder Wirtschaftsförderung und 6/AN/880 Standortmarketing stärken - Synergien durch Übernahme der OWF Gesellschaft mbH

Herr Dippe bedankt sich dafür, dass der Antrag heute behandelt wird. Die BFZ-Fraktion hat über den vorliegenden Antrag bereits im vergangenen Jahr intern diskutiert. Der Beschluss 6/DS/828 „Weiterführung der Gesellschaft...“ ergibt sich ein Fortführungsvertrag mit der OWF bis zum 31.12.19. Auf Grund des Beschlusses sieht die Fraktion die Notwendigkeit zu handeln. Falls der Antrag/Vorschlag die Zustimmung aller finden sollte, muss alsbald gehandelt werden. Die BFZ-Fraktion ist nach interner Diskussion dazu gekommen, dass sie die OWF zukünftig in der Form nutzen wollen, wie im Antrag formuliert.

Herr Sachse merkt an, dass der Vorschlag einen gewissen Charme hat, da bestimmte Dinge haushaltsseitig nicht richtig funktionieren, kann es sinnvoll sein, wenn bestimmte Sachen aus dem Haushalt in Tochterfirmen ausgelagert werden. Eine Bedingung wäre, dass für Tochterfirmen andere Regeln gelten (Kredite nicht für Investitionen). Eine Tochterfirma würde deutlich mehr Geld benötigen und dies muss konkret durchdacht werden. Er stellt in Frage, ob die GIP GmbH nicht auch gewisse Aufgaben übernehmen könnte.

Herr Dippe sagt, dass der Vorschlag der GIP gewisse Aufgaben zu übergeben intern auch diskutiert wurde. Man ist von dem Gedanken abgekommen, da die OWF durch Erfahrungen und bestehende Vernetzungen wesentlich besser aufgestellt ist. Gleichwohl sollen Grundstücksgeschäfte und Fördermaßnahmen getrennt werden. Die OWF kann auch andere Fördermittel als Gebietskörperschaft erschließen.

Herr Thomas Apitz findet die Idee, den Antrag zur Diskussion zu stellen, gut. Er hat dennoch ein Problem mit dem Antrag, da die Konzentration auf die Stadt Fürstenwalde stattfindet, die Alleingesellschafter werden würde. Die Zusammenarbeit mit den Umlandkommunen würde leiden; warum sollen andere Kommunen dann noch mit der Stadt zusammenarbeiten.

Herr Fischer denkt, dass die Bedenken in den weiteren Diskussionen noch ausgeräumt werden können.

Herr Ksink fragt nach, ob mit der OWF schon über diese Thematik gesprochen wurde.
Herr Dippe antwortet, dass zunächst die Entscheidung der STVV abzuwarten bleibt.

Herr Hoffrichter sagt, dass die CDU-Fraktion bei diesem Thema irritiert war. Die CDU-Fraktion hat sich zu diesem Sachverhalt zurückgehalten, da die Thematik schon einmal nichtöffentlich besprochen wurde; auch steht eine Rückäußerung seitens des Bürgermeisters noch aus. Für die Kommunen sieht er keine Gefahr. Generell macht der Antrag Sinn, natürlich muss die Finanzierung geklärt werden.

Herr Ksink hat noch eine Frage, die er gerne im nichtöffentlichen Teil stellen möchte.

Herr Sachse: Der Bürgermeister sollte zunächst beauftragt werden, weitere Prüfungen vorzunehmen und noch nicht in die Verhandlungen eintreten.

Herr Dippe fragt nach, welche Dinge aus Sicht von Herrn Sachse noch geklärt werden sollen.

Der Punkt 2 im Antrag ist ihm wichtig, so Herr Sachse. Die Verwaltung soll sich Gedanken machen, ob es sinnvoll sein könnte, Maßnahmen wie Stadtmarketing, Wirtschaftsförderung, Zusammenarbeit @see, Ausbildungsbörse etc. in ein Tochterunternehmen oder möglicherweise in eine städtische Gesellschaft auszulagern.

Herr Dippe bittet die Verwaltung darum, bis zum nächsten Hauptausschuss eine erste Position zum Antrag zu entwickeln.

TOP 8 Informationen der Verwaltung

Keine

TOP 9 Behandlung von Anfragen von Mitgliedern des Ausschusses

Herr Rausch bat im Vorfeld der Sitzung Herrn Fischer die Frage zu stellen, wie und wo die Kosten für das angestrebte Verfahren für die Stellenbeschreibungen in der Stadt, welche im Zuge des anonymen Briefes aufgekommen ist, verankert sind.

Frau Brückner antwortet, dass keine externen Kosten entstehen. Die Personalkosten sind im Haushaltsplan verankert. In der Arbeitsgruppe wirken nur Mitarbeiter der Verwaltung mit.

Herr Thomas Apitz möchte die o.g. Thematik im nichtöffentlichen Teil noch einmal aufrufen, da er als sachkundiger Einwohner keine detaillierte Kenntnis von diesem Schreiben hat.

Herr Hajduk fragt, ob der Antrag an den Landesbetrieb für Straßenwesen für die Haltestelle Heide-land gestellt wurde.

Frau Brückner sagt, dass sie die Frage an den FB 4 weitergegeben hat; sichert aber zu, die Antwort im Nachgang allen Ausschussmitgliedern zur Verfügung zu stellen.

TOP 10 Beendigung des öffentlichen Teils der Sitzung

Herr Fischer schließt den öffentlichen Sitzungsteil und bittet die Nichtöffentlichkeit herzustellen.

Die Niederschrift umfasst 5 Seiten.

Thomas Fischer
Stellv. Vorsitzender

Anke Marggraf
Protokollantin